



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

Pressemitteilung

Umwelt- und Nachbarschaftshaus hat Ziel „Dialog“ weit verfehlt

Das Bündnis der Bürgerinitiativen kritisiert neues Informationszentrum als einseitiges Instrument von Landesregierung und Luftverkehrswirtschaft

Frankfurt am Main - 10. April 2013. „Das Informationszentrum des Umwelt- und Nachbarschaftshauses, das am kommenden Freitag eröffnet wird, dient lediglich als verlängerter Arm der Landesregierung und der Luftverkehrswirtschaft. Das UNH ist nicht das, was sein Name verspricht“, sagt Birgit von Stern, Sprecherin des Bündnisses der Bürgerinitiativen, anlässlich der geplanten Feierlichkeit zur Einweihung des Informationszentrums am kommenden Freitag mit geladenen Gästen. „Ein Umwelt- und Nachbarschaftshaus einzuweihen ohne die Nachbarn, also die Bürger, einzuladen, verdeutlicht, wie diese Institution einzuordnen ist“, so von Stern.

„Das Umwelt- und Nachbarschaftshaus wird von der Landesregierung finanziert. Alle Entscheidungen und Inhalte werden vom Koordinierungsrat getroffen, der in der Hauptsache aus der Landesregierung und Vertretern der Luftverkehrswirtschaft besteht.“ Das UNH gehe völlig an den Sorgen und Nöten der Bürger vorbei und sei deshalb weit davon entfernt die neutrale Instanz zu sein, als die es sich selbst darstellt. „Wir werden nicht zulassen, dass das Informationszentrum nun als parteiisches Instrument von Landesregierung und Fraport genutzt wird, um Schülern und anderen Besuchern geschönte Historie zum Flughafenausbau zu präsentieren“, so die Sprecherin.

Bisher sei das UNH in keiner Weise auf das Bündnis der Bürgerinitiativen zugegangen: Weder wurde das Bündnis in die Vorbereitungen zur Ausstellung einbezogen, noch gab es in den vergangenen vier Jahren konkrete Dialogangebote. „Sein Hauptziel, die Kommunikation zwischen dem Flughafen Frankfurt und den Anwohnern kontinuierlich zu verbessern, hat das UNH weit verfehlt. Wir bezweifeln, dass das Umwelthaus je versucht hat, es ernsthaft zu erreichen“, so von Stern.

Mit der Darstellung des Fluglärms über „Casper“ und einer hübsch aufgemachten Werbe-Ausstellung im Informationszentrum werde der Konflikt nicht gelöst. „Da muss von Landesregierung, Fraport und dem Umwelthaus mehr kommen“, so von Stern und verweist auf die Forderungen des Bündnisses von über 80 Bürgerinitiativen: „Ein Nachtflugverbot von 22 bis sechs Uhr wäre da ein ernst gemeinter und friedensstiftender Anfang.“

Die Ziele des Bündnisses der Bürgerinitiativen:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet
- Stilllegung der Landebahn Nordwest

Für Rückfragen:

Birgit von Stern

Sprecherin des Bündnisses der Bürgerinitiativen

06146 / 1224